Abendausgabe

Nr. 282 ♦ 40. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 141

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Preis 200 Mark

Dienstag
19. Juni 1923

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

# Rettung vor der Katastrophe!

Vorsichtig und behutsam setzt die englische Regierung ihren Versuch fort, Frankreich für eine Beendigung der Ruhraktion und eine endgültige Lösung der Reparationsfrage zu gewinnen. Die Pariser Regierung zaudert. Wieder steht sie vor derselben Entscheidung wie in Versailles. Damals mußten schließlich General Foch, Clemenceau und Tardieu auf den Rhein als französische Grenze verzichten. Schwer fügten sie sich dem Drucke Wilsons und Lloyd Georges. Nur durch das Angebot eines amerikanisch-englisch-französischen Sicherungspaktes wurden damals die Lenker der französischen Politik zum Verzicht gebracht. In dieser Frage wenigstens war Lloyd George festgeblieben. England hätte auf jede wirksame Beeinflussung der europäischen Politik verzichten müssen, wenn es eine solche Machterweiterung Frankreichs zugelassen hätte.

Jetzt handelt es sich wieder um dieselbe Frage, um das deutsche Rheinland. Gleich zu Beginn der Ruhraktion ist hier auf die große Gefahr hingewiesen worden: Je länger die Aktion dauern würde, desto größer würde der Einfluß der militaristischen und annexionistischen Elemente auf die französische Politik werden. Deshalb müsse Deutschland rechtzeitig auch zu großen Opfern sich bereiterklären, um der Freiheit der Rheinlande, um der Unversehrtheit deutschen Volkes und deutschen Landes willen. Geld und Gut sei weniger wichtig, als Freiheit und Einheit.

Spät, zu spät, ist diese Erkenntnis auch anderen Kreisen und endlich der Regierung Cuno gekommen. Nicht auf der Höhe des passiven Widerstandes, nicht zur Zeit der Stabilisierung der Mark kam ein Angebot, das die Einleitung zu Verhandlungen hätte fordern können. Als schließlich am 2. Mai die Note kam, war sie wirtschaftlich stümperhaft und politisch wirkungslos. Erst als das, was die Regierung hätte voraussehen müssen, was ihr mit immer steigendem Nachdruck zuerst von uns und dann auch von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft vorausgesagt wurde, wirklich eingetreten war, erst dann tat die Regierung das Unerläßliche mit ihrer zweiten Note. Sie ist weit gegangen, sie hat erklärt, daß sie die Entscheidung eines unparteiischen Sachverständigengremiums über die Reparationsfrage annehmen wolle, sie hat schwerwiegende Garantien der privaten und der staatlichen Wirtschaft angeboten. Es soll hier nicht erläutert werden, ob nicht die Regierung Wirth, wenn ihre Politik nicht durch den Widerstand der kapitalistischen Kreise in unheilvoller Verblendung gehemmt worden wäre, Deutschland hätte vor dem Ruhreinfall bewahren und unter günstigeren Bedingungen zu einer wirtschaftlichen Lösung kommen können . . .

Augenblicklich liegt aber in der auswärtigen Politik die Initiative bei England. Hinter den diplomatischen Formeln und Freundschaftsversicherungen verbirgt sich ein zähes Ringen zwischen dem englischen Willen zur wirtschaftlichen Lösung und den machtpolitischen Hintergedanken der französischen Politiker. Und in Frankreich selbst kämpfen wirtschaftspolitische, namentlich den Konflikt mit England scheuende Erwägungen mit militaristischen und annexionistischen Plänen.

Für Deutschland bedeutet das aber eine harte und bittere Wartezeit, zugleich die Zeit der folgenschwersten Entscheidungen. Und alles, nichts weniger als alles, kommt darauf an, daß wir diese Wartezeit noch aufrecht überstehen. Das ist aber vor allem eine Frage der inneren Politik; es ist eine Situation, die schärfste wirtschaftliche Einsicht und rücksichtslose Energie, das allgemeine Interesse gegen private Bereicherungssucht durchzusetzen, erfordert.

Darin hat die Regierung Cuno nach einigen schwachen Anläufen, für die ihr das Kabinett Wirth noch den Weg gebahnt hatte, die schwersten Unterlassungssünden begangen. Das muß aber jetzt anders werden, um die auswärtige Politik vor einer Katastrophe zu bewahren, in die sie die schlechte innere, namentlich die völlig unzulängliche Finanzpolitik der Regierung zu treiben droht.

Dafür, für die schleunige Durchsetzung der möglichen und notwendigen staatspolitischen Maßnahmen muß der ganze Druck der Partei und Gewerkschaften eingesetzt werden. Undisziplinierte Aktionen, ziellose Bewegungen, ungewerkschaftliche Kampfmethoden können, so begreiflich die Erbitterung der Arbeiter und Angestellten, so groß die Verzweiflung der Erwerbslosen, der Sozialrentner, der expropriierten Mittelschicht ist, nicht das Uebel bessern, sondern würden nur das Elend vermehren.

•

**Was aber ist möglich?**

Vor allem eines zunächst. Die Regierung Cuno-Becker hat sich sehr beeilt, sofort zu Beginn der Stabilisierung sich öffentlich gegen Lohnerhöhungen auszusprechen. Das bedeutete damals, da die Preise namentlich im Kleinhandel noch anstiegen, in Wirklichkeit eine Senkung des Reallohns. Wir fordern jetzt von der Regierung eine öffentliche Erklärung über die unbedingte Notwendigkeit der sofortigen Anpassung der Löhne und Gehälter an die Preisentwicklung. Wir fordern, daß diese Anpassung für alle von öffentlichen Körperschaften Beschäftigten sofort vorgenommen wird; daß die Regierung ihren ganzen Einfluß geltend macht, damit eine solche Anpassung auch von der Privatwirtschaft schleunigst vorgenommen wird. Die Regierung hat die Pflicht, die Schlichtungsorgane in diesem Sinne anzuweisen.

Nach diesem ersten Schritt muß der weitere erfolgen, der Uebergang zu wertbeständigen Löhnen. Reich, Staat und Gemeinde haben die Pflicht, für alle Staatsarbeiter und Angestellten diese Lohnform einzuführen. Dazu muß der bisherige Lebenshaltungsindex zu einem wirklichen Teuerungsmesser ausgebaut werden, der wöchentlich zu veröffentlichen ist. Diese Maßnahmen wird den Gewerkschaften den Kampf um die Wertbeständigkeit der Löhne und Gehälter bei freier gewerkschaftlicher Regelung der Grundlöhne wesentlich erleichtern. Die Schlichtungsorgane müssen Tarife mit wertbeständiger Lohnklausel künftighin für verbindlich erklären.

Längst ist die private Wirtschaft in immer größerem Umfang zur Goldrechnung übergegangen. Ausgenommen waren die Lohn- und Gehaltsempfänger, die jetzt diesen Uebergang vollziehen müssen. Völlig zurückgeblieben und Opfer dieser Entwicklung war der Staat. Eine vorausschauende Finanzpolitik hätte längst die Initiative ergreifen müssen. Jetzt kann es kein Zögern mehr geben. Wir fordern Goldrechnung auf dem Etat- und Steuergebiet. Das bedeutet zunächst, daß die Steuern wertbeständig werden müssen, daß die Geldentwertung bei Entrichtung der Steuern zu Lasten des Steuerpflichtigen geht. Stundungen und Kredite dürfen vom Reich und den Betriebsverwaltungen nur auf Goldbasis und gegen Goldzins gewährt werden. Insbesondere dürfen die Ruhrkredite nicht mehr in Papier, sondern nur wertbeständig gewährt werden. Die Kredite selbst sind auf das unbedingt zur Erhaltung der Produktion Notwendige zu beschränken. Die Tarife und Gebühren sind der Geldentwertung anzupassen, die Subventionierung der Industrie und Landwirtschaft durch lächerlich geringe Frachten muß aufhören.

So zögernd und zaudernd die Wirtschaftspolitik der Regierung Cuno-Becker gewesen ist, mit der Beseitigung der Ausfuhrabgabe hat sie sich außerordentlich beeilt. Glaubt die Regierung wirklich, dabei bleiben zu können, nachdem ihre Voraussetzung, die Stabilisierung der Mark, nicht mehr existiert? Wir fordern Wiederherstellung der Ausfuhrabgabe und Zurückführung der Freiliste auf den alten Stand und verschärfte Durchführung der Kontrolle.

Die finanzpolitischen Maßnahmen müssen rasch und energisch durchgeführt werden, um die ungedeckte Notenausgabe einzuschränken und damit die wichtigste Quelle der Inflation zu verstopfen. Deshalb darf der Reichstag, dürfen die bürgerlichen Parteien nicht in Rücksicht auf die privaten Portemonnaieinteressen kostbare Zeit verlieren. Die Vervielfachung der Zwangsanleihe, die Vervielfachung der Vorauszahlung auf die Einkommen- und Körperschaftssteuern, die gründliche Reform der Veranlagung bei der Einkommen- und Vermögenssteuer, kurz die sofortige Beseitigung der „gesetzlichen Steuerdefraudation" muß schleunigst Gesetz werden.

Dazu muß aber augenblicklich eine aktive und energische Politik der Reichsbank kommen. Zur Durchführung gehört allerdings an die Spitze der Reichsbank ein Mann von selbständigem wirtschaftlichen Urteil und von unbeugsamer Energie, Eigenschaften, die heute im Reichsbankdirektorium nicht vertreten sind. Persönliche Rücksichten können aber in so furchtbar ernster Situation nicht genommen werden. Die Regierung Cuno ist verantwortlich dafür, daß die notwendigen Maßnahmen, die wir stets und seit einem Jahre mit ununterbrochener Wiederholung gefordert haben, nun durchgeführt werden.

Notwendig ist die Devisenzentrale und die strengste Kontrolle des Devisenhandels zur Ausschaltung der Spekulation. Die Stützungsaktion muß wieder aufgenommen werden, darf allerdings nicht nochmals in so stümperhafter Weise durchgeführt werden wie bisher. Die Reichsbank darf ihre Wechselkredite nicht mehr als Papierkredite geben, sondern auf Goldbasis gegen Goldzins. Sie muß Goldkonti errichten und darf diese nicht den Privatbanken überlassen, die damit aufs neue ihre Herrschaft auf dem Geldmarkt befestigen würden. Der gesamte Devisenverkehr muß ausschließlich durch die Zentrale gehen, die gesamten Exportdevisen müssen an diese abgeliefert werden. Ein Schutzgesetz für die Währung nach dem Muster der Tschechoslowakei ist zu erlassen, das die Saboteure der Währung mit Zuchthaus bestraft. Das starke Bedürfnis nach wertbeständiger Anlage muß sofort befriedigt werden, indem die Reichsbank eine langfristige Goldanleihe aufnimmt, die nicht nur gegen Devisen, sondern auch gegen zu Tageskurs umgerechnete Papiermark zu erwerben ist.

Die tolle Kursentwicklung auf dem Devisenmarkt erklärt sich weder aus dem Stand der deutschen Wirtschaft, noch ist sie in diesem Ausmaß eine Folge der allerdings mit grenzenlosem Leichtsinn bisher betriebenen inneren Inflation. Durch die energische und umfassende Anwendung der vorgeschlagenen Mittel läßt sich der Marksturz hemmen. Aber wir warnen vor halben oder unvollständigen Maßnahmen, die das Uebel womöglich nur steigern würden. Die Gesamtheit der Mittel zu gleicher Zeit muß in Anwendung gebracht werden. Dies fordert mit zwingender Notwendigkeit die innere und äußere Politik Deutschlands. Das Rheinland gefährdet, Hochverrat begeht, wer sich noch länger den Rettungsmaßnahmen entgegenstemmt. Die sozialdemokratische Partei wird sich mit ihrer ganzen Kraft für die Durchführung dieser Forderungen einsetzen.

### Man verhandelt.

**Der Reichskanzler hatte, wie wir hören, heute, Dienstag, vormittags eingehende Besprechungen mit maßgebenden Vertretern der Banken über Marksturz und Devisenpolitik. Diese Besprechungen werden heute nachmittags fortgesetzt.**

### Starke Dollarschwankungen.

**Zwischen 170 000 und 140 000.**

Die starke Rückwirkung des in den letzten Tagen eingetretenen Marksturzes auf den Kurs des französischen Franken hat offenbar Frankreich und Polen zur Einstellung ihrer großen Markverkäufe veranlaßt. Außerdem scheinen auch die Markbestände des vorgestern zusammengebrochenen New Yorker Bankhauses placiert zu sein. Infolgedessen lag im heutigen offiziellen Devisenverkehr keine so starke Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln vor. Auch von den übrigen europäischen Börsen wird ein **Nachlassen des Angebots deutscher Mark** gemeldet. Der Dollar, der gestern in den späten Abendstunden bis auf 175 000 gestiegen war, wurde heute am Schlusse der ersten Börsenstunde mit 139 und 140 000 gehandelt. Das Geschäft war im großen und ganzen nicht allzu lebhaft. Regere Nachfrage besteht nach wie vor nach englischen Pfunden, die mit 640 000 gehandelt wurden. Im Effektenverkehr kam noch keine klare Tendenz zum Ausdruck. Die Platzspekulation übte angesichts der starken Schwankungen am Devisenmarkt und im Hinblick auf die starke innerpolitische Spannung eine gewisse Zurückhaltung aus.

### Vor einer neuen Stützungsaktion?

Heute verlautete an der Börse, daß die Reichsbank auf dringende Intervention der Gewerkschaften und gewisser Regierungsstellen beabsichtige, den augenblicklichen Rückgang der Devisenkurse durch eine neue Stützungsaktion zu beschleunigen. Während der Festsetzung der augenblicklichen Kurse erfolgten bereits von bestimmter Seite offenbar im Auftrage der Reichsbank größere Abgaben an ausländischen Zahlungsmitteln.

### Otto Wolff-Phönix.

In der Sitzung des Untersuchungsausschusses vom Montag ist auch der Fall wieder erwähnt worden, der durch eine sozialdemokratische Anfrage im Haushaltsausschuß des Reichstages bereits klargestellt war. Danach hat der Konzern Otto Wolff bei der Gewerblichen Hilfskasse einen Kredit von 4 Milliarden Mark beansprucht, obwohl diese Gewerbliche Hilfskasse satzungsgemäß nur für Kreditgewährung an Kleinbetriebe in Frage kommt. Zur Begründung dieses Milliardenkredits wurde, wie immer in solchen Fällen, vorgeschützt, daß man die Mittel für die Lohnzahlung gebrauche. Statt dessen ist nur ein ganz kleiner Teil dieses Betrages zu Lohnauszahlungen benutzt worden, der größte Teil aber zur Abdeckung schwebender Bankverpflichtungen. Bisher ist dieser offenbare und von der Reichsregierung zugegebene Mißbrauch nicht geahndet worden.

Das ist umso schlimmer, wenn man bedenkt, daß die Firma Otto Wolff die Trägerin jenes großen Phönix-Unternehmens ist, das jetzt aus Gründen der Steuerflucht und Kapitalhinterziehung nach Holland verkauft worden ist. Das Deutsche Reich unterstützt also mit seinen Mitteln positiv diese schwere Schädigung der deutschen Wirtschaft. Das ist aber noch nicht alles. Denn wie verlautet, bezieht der Phönix ebenso wie andere kapitalkräftige Unternehmungen des Ruhrgebiets Milliardenunterstützungen des Reiches, von denen absolut nicht feststeht, daß sie für die Bezahlung von Löhnen benutzt werden, sondern die wahrscheinlich auch zum erheblichen Maße Kapitaltransaktionen dienen, die der deutschen Wirtschaft und der deutschen Währung schwere Schäden zufügen.

Dieser Fall ist also ein würdiges Gegenstück zum Fall Stinnes. Während jedem Krämer im Ruhrgebiet schwerste Strafe und Aechtung droht, wenn er an einen Franzosen verkauft, verschachert Stinnes, dieser große deutsche Patriot, dem französischen Großindustriellen Schneider-Creuzot Teile der deutschen Wirtschaft. So leisten deutsche Kapitalisten gemeinsam unter der Duldung von Cuno und Becker den Absichten Poincarés auf Zertrümmerung Deutschlands indirekt Vorschub.

## „Maulwurfsarbeit".

### Die Deutsche Volkspartei gegen Deutschnationale und Deutschvölkische.

Man muß es der Deutschen Volkspartei lassen, sie gibt sich redliche Mühe, es mit ihren Freunden von rechts nicht oder nur möglichst wenig zu verderben. In den Parlamenten ist ihre Sprache gegen die deutschvölkischen Desperados meistens so vorsichtig wie nur möglich. Ihre vorsichtige Stellungnahme gegenüber dem Minister Severing ist nicht zum wenigsten aus Rücksicht auf diese Kreise diktiert. Draußen im Lande gehen ihre Organisationen oft genug Hand in Hand mit den Deutschnationalen und sind von ihnen kaum zu unterscheiden. Namentlich in den agrarischen Bezirken lehnen sie sich aufs engste an die monarchistische „Schwesterorganisation" an. Und doch — das alles nützt ihnen wenig, die Wulle, Henning, v. Graefe und ihr zahlreicher Anhang in der Deutschnationalen Volkspartei wühlen mit allen Mitteln gegen die verfolgte volksparteiliche Unschuld. Die „Nationalliberale Korrespondenz" beklagt sich bitter darüber, daß deutschnationale Entschließungen, das Memorandum der Regierung „ein Dokument völkischer Selbsterniedrigung und Schande" und „einen Verrat am Bürgertum" genannt und dem Kabinett Cuno das Vertrauen aufgekündigt hätten. Die Korrespondenz teilt Einzelheiten der demagogischen Agitation der rechtsradikalen Kreise im Lande mit. Danach wird namentlich gegen Stresemann, den die Rechtsradikalen schon mehrmals als einen zweiten Erzberger bezeichnet haben — unter Ankündigung des gleichen Schicksals — der Vorwurf erhoben, daß er und die hinter ihm stehenden Wirtschaftsgruppen den Widerstand an der Ruhr aufgeben wollten, weil er „selbst oder seine Genossen dort an der Ruhr ein paar Schornsteine stehen hätten, die einmal umfallen könnten". Diese Angriffe würden immer in derselben vorsichtigen Form erhoben, „die den Mut vor dem Staatsanwalt vermissen ließ, so daß sie gerichtlich nicht zu fassen waren".

Für andere Kreise sind offenbar die völkischen Agitationsredensarten bestimmt, die dem armen Stresemann den Plan einer „hinterhältig vorbereiteten Sozialisierung der Ruhrwirtschaft" in die Schuhe schieben wollen. Diese Sozialisierung soll dadurch eingeleitet sein, daß die Ruhrindustrie vom Staate subsidiert und dadurch von ihm in Abhängigkeit gerät. Wir müssen gestehen, diese Art von Sozialisierung wird der Ruhrindustrie wahrscheinlich sehr sympathisch sein. (Siehe: Otto Wolff-Phänig.) Wir haben jedenfalls von Sozialisierung andere Vorstellungen. Aber das macht nichts. Die rechtsradikalen Demagogen nehmen die Argumente, wie sie kommen, wenn sie auch nicht nur Mut, sondern auch Geist vermissen lassen. Noch viel Furchtbareres soll die arme Volkspartei durch einen Antrag Böhme-Gildemeister verbrochen haben. Dieser Antrag bedeute unter der Firma „Flüchtlingsgesetz" nichts weiter als eine „Enteignung des ländlichen Privateigentums", er steht also offenbar auf einer Stufe mit dem fürchterlichen Plan der Sozialdemokratie, deren Initiativantrag die Schaffung von Siedlungsland vorsieht.

Daß die Volkspartei, wo sie doch so brav monarchistisch in ihrem Innern gesinnt ist und sich die denkbar größte Mühe gibt, den Anschluß nach rechts nicht zu verpassen, über die Unterwühlung ihrer Organisationen sich sittlich entrüstet, ist zu verstehen. Die dauernde Auseinandersetzung zeigt aber doch nur, daß jede Partei und jeder Parteiführer, der auch nur den leisesten Versuch macht, sich außen- und innenpolitischen Problemen gegenüber auch nur etwas objektiver zu verhalten und dem Lande dadurch zu dienen, vor den fanatischen Angriffen der radikalen Terroristen, die Erzberger und Rathenau bereits zur Strecke brachten, nicht sicher ist. Diese zum äußersten entschlossenen, gut bewaffneten und organisierten Kreise sind eine Gefahr für die Sicherheit und ruhige Entwicklung unserer außen- und innenpolitischen Verhältnisse, über deren Größe sich leider auch die Deutsche Volkspartei immer noch sehr im unklaren ist. Hoffentlich lernt auch sie die Gefahr kennen und unterstützt die Maßnahmen, die gegen Banditen nun einmal getroffen werden müssen.

## Radikaler Rückzug in Sachsen.

Las man die kommunistische Presse, dann hatten sich in Leipzig furchtbare Dinge ereignet. Die „Koalitionspolitiker der Sozialdemokratie" oder, frei nach Paul Böttcher, „die abgesägte Führergarnitur" hatte das Blutbad vom 6. Juni inszeniert, um die verhaßte Regierung Zeigner zu stürzen. Der Hauptschuldige an diesen Schandtaten, der sozialdemokratische Polizeipräsident von Leipzig, Fleißner, mußte unbedingt von seinem Amt entfernt werden. Die KPD. setzte Himmel und Hölle in Bewegung, appellierte an die Siebenerkommission, an die sächsische Regierung, um dieses Ziel zu erreichen. Natürlich kam es ihr dabei nicht auf den Kopf Fleißners an, sie wollte unter allen Umständen den Widerstand der Leipziger Organisation gegen die kommunistischen Putschistereien brechen. Heinrich Süßkind, der große Stratege in Sachsen, der selbst den großen Paul Böttcher noch übertrumpft, stieß bereits die furchtbarsten Drohungen in der Leipziger „Sächsischen Arbeiterzeitung" aus. Aber auch für seine Größe gab es eine höhere Instanz. Am 9. Juni erklärte er noch, daß die Kommunistische Partei die Regierung **„nicht einen Augenblick lang"** mehr unterstützen könne. Am Montag, den 11., erschienen die „Flaumacher", „Bremser", „Verräter", „Bonzen" aus der kommunistischen Zentrale in Gestalt von Ulbricht, Schumann und Brandler. Und merkwürdig, bereits am 12. Juni hieß es in Heinrichs Blatt:

**„Die KPD. denkt nicht daran, der Leipziger USPD. das Spiel zu erleichtern und die Regierung zu stürzen."**

Macht irgend jemand die verehrten kommunistischen Freunde auf ihre zahllosen Widersprüche und ständig wechselnden Parolen aufmerksam, dann will die „Rote Fahne" nichts davon wissen. In Wirklichkeit befinden sich die Kommunisten in der ärgsten Verlegenheit immer dann, wenn sie durch den Zwang der Tatsachen vor positive Entscheidungen gestellt werden und nicht mehr mit revolutionären Redensarten ausweichen können.

## Der Münchener Prozeß.

### Der Schlußvortrag des Staatsanwalts.

**München**, 19. Juni.

In der heutigen Verhandlung des Hochverratsprozesses gegen Fuchs und Genossen kam Staatsanwalt Kellerer vor Beginn seines Plädoyers nochmals auf den Selbstmord des Machhaus zurück, der neuerdings von der Berliner „Volkszeitung" in Zweifel gezogen worden sei. Der Staatsanwalt gab bekannt, daß Machhaus an seine Angehörigen und Bekannten im ganzen 10 Briefe hinterlassen habe. Einige von ihnen, aus denen der Beschluß zum Selbstmord einwandfrei hervorgeht, sind datiert vom 29. bzw. 31. Mai. Das letztere Datum trägt auch die „letztwillige Verfügung", in der Machhaus bestimmt, daß seine Leiche verbrannt werden soll zusammen mit dem Leibriemen, „der mir zur letzten Tat diente".

Die Einleitung des staatsanwaltlichen Plädoyers bildet der Nachweis, daß Fuchs, Machhaus und Munk bei ihrer Verteidigung keinerlei Glaubwürdigkeit verdienen. An einer Reihe von Beispielen zeigt er, wie besonders Fuchs zahlreicher Lügen überführt sei, so über die Beziehungen des Fuchs zum ehemaligen Kronprinzen Rupprecht. Der Staatsanwalt bezeichnet diese Beziehungen als solche untergeordneter Natur, während er Rupprecht Wittelsbach für einen kerndeutschen, antiseparatistischen und antifranzösischen Mann charakterisiert. Der Lügenhaftigkeit der Angeklagten stellt der Staatsanwalt die absolute Glaubwürdigkeit der vier Hauptzeugen entgegen, an denen trotz aller Künste der Verteidigung keinerlei Makel hängen geblieben sei. Der Vorwurf gegen die Zeugen, sie seien als Provokateure tätig gewesen, sei vollständig hinfällig, im Gegenteil sei nachgewiesen, daß die Zeugen so und so oft die geplante Aktion gebremst hätten.

Der Nachweis des Staatsanwalts richtete sich vor allem auf die geplante Absicht der Angeklagten Fuchs, Machhaus und Munk, eine gewaltsame Trennung Bayerns vom Reich und eine gewaltsame Aenderung der Verfassung herbeizuführen. Diese Pläne hätten eine Reihe von Handlungen der drei Angeklagten im Gefolge gehabt, die ihr Vorhaben unmittelbar zur Ausführung hätten bringen sollen. Damit sei das Moment des vollendeten Hochverrats gegeben.

### Die Strafanträge.

**München, den 19. Juni. (Eca.) Im Hochverratsprozeß Fuchs stellte heute der Staatsanwalt folgende Strafanträge: gegen Fuchs lebenslängliche Zuchthausstrafe, 10 Millionen Mark Geldstrafe und dauernde Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, gegen den Angeklagten Munk 5 Jahre Zuchthaus, 50 Millionen Mark Geldstrafe, ferner eine Beschlagnahme in Höhe von 60 Millionen Mark, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre, Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht, Ausweisung aus dem Deutschen Reiche und sofortige Verhaftung, gegen Berger zwei Jahre Festung, 300 000 Mark Geldstrafe, gegen Rudolf Gutermann ein Jahr fünf Monate Festung, eine Million Mark Geldstrafe, gegen den Angeklagten Richard Gutermann beantragte der Staatsanwalt Freisprechung.**

## Daumenschrauben.

**Paris**, 19. Juni. (WTB.) Der „Petit Parisien" teilt mit, er glaube zu wissen, daß die Besetzungsbehörden zwei neue Maßnahmen ergriffen haben, um den Druck zu verstärken. Erstens hätten sie beschlossen, von nun an den Transport von Koks im Innern des Ruhrgebiets zu untersagen. Der Transport könne augenblicklich nur noch für solche Firmen durchgeführt werden, denen es gelinge, einen Teil des fabrizierten Kokses zu verstecken. In zweiter Linie sei am 15. Juni von General Degoutte ein Erlaß veröffentlicht worden, wodurch alle Eisenbahnlinien im Innern des Ruhrgebiets, die bis jetzt noch außerhalb des Kontrollsystems geblieben seien, unter die direkte Kontrolle der militärischen Behörden gestellt würden. Diese neue Kontrolle gestatte es, von nun ab die Benutzung dieser verschiedenen Linien sowohl für den Warentransport als auch für den Nahrungsmitteltransport zu überwachen.

## Der Reichspräsident in Weimar.

**Weimar, 19. Juni. (WTB.) Der Reichspräsident, von Ministerialdirektor Dr. Meißner und dem thüringischen Vertreter bei der Reichsregierung Minister Dr. Münzel begleitet, ist heute vormittag zu einem Besuch der thüringischen Landesregierung und zur Eröffnung der Jugendfestspiele des Schiller-Bundes hier eingetroffen. Am Bahnhof wurde der Reichspräsident vom Staatsminister Fröhlich, dem Vorsitzenden des deutschen Schiller-Bundes Prof. Dr. Scheidemantel, dem Stadtdirektor und dem Kreisdirektor empfangen. Um 12 Uhr fand im Gebäude des thüringischen Finanzministeriums eine Besprechung des Reichspräsidenten mit den Mitgliedern der thüringischen Regierung und dem Landtagspräsidenten statt.**

## Erhöhte Eisenbahntarife.

**Der Reichseisenbahnrat hat am Dienstagvormittag beschlossen, vom 1. Juli ab die Fahrpreise auf den Reichsbahnen in der dritten und vierten Klasse um 200 Proz., in der ersten und zweiten Klasse um 300 Proz. zu erhöhen. Die Gütertarife werden um 250 Proz. erhöht werden.**

## Kommunistischer Bluff.

Die unserer Partei angehörigen Betriebsräte der Moabiter Großindustrie Osram, AEG.-Turbine und Loewe teilen uns mit, daß ihr Name auf der öffentlichen Einladung zu einer Versammlung, die die KPD. für heute abend im Moabiter Gesellschaftshaus einberufen hat, von den Kommunisten mißbraucht worden ist und daß sie es außerdem ablehnen, mit den sogenannten Parteilosen zusammen Versammlungen zu arrangieren. Daß die Kommunisten unseren Genossen Rosenfeld mißbraucht haben, teilten wir bereits mit. Auf die Dauer dürften diese Mätzchen, mit denen die KPD. versucht, ihre Versammlungen zu füllen, denn doch keinen Erfolg mehr haben. Wir fordern unsere Genossen auf, sich an diesen Versammlungen nicht zu beteiligen.

**Berichtigung.** In unserer heutigen Morgenausgabe muß es in dem Artikel „Der nationalistische Spitzelsumpf" statt „der deutschvolksparteiliche Justizminister v. Richter" heißen: „der dem Zentrum angehörende Justizminister Am Zehnhoff".

**1800 M. für eine Straßenbahnfahrt.** Vom 21. Juni ab kostet in Köln eine einfache Straßenbahnfahrt 1500 M., eine Fahrt mit Umsteigerecht 1800 M.; das bedeutet eine Erhöhung von über 100 Proz.

## „Der goldene Hahn".

Staatsoper.

Vom Märchen hat Puschkins Erzählung das bildhaft Bunte, das unbestimmt Nebeneinandergestellte, das so simpel aussieht und doch mit Spuk, Wundertier und Verwandlung durchsetzt, keine irdische Unmöglichkeit scheut. Von der Allegorie und symbolischen Tatsachenbeleuchtung nimmt sie im Vor- und Nachspiel einen Lichtstreifen, ohne daß er die dürftige Handlung erhellt. Und schmettert eine ganze Skala von satirischen Tönen in die dargestellte Partitur, die auf den Zaren, Rußland, Soldateska, Kriegsunfug und Liebestrottelei in aller Welt zu passen scheint. Aus diesem Gemisch an kleinen Episödchen, an Ernst und Groteske, wird kein Drama, auch kein Lustspiel, aber der Text reicht, um einer natürlichen, melodischen Musik als Unterlage zu dienen.

So aber geschieht: Dodon, der König in Irgendwo, erhält vom Astrologen einen goldenen Hahn zum Geschenk, der ihn zu allen Zeiten vor Gefahren warnt. Seine beiden Söhne ziehen in den Krieg, in dem sie sich gegenseitig die Schwerter in die Brust stoßen. Die schöne Königin von Schemacha umgirrt mit ihrer Liebe scheinbar den alten König; ganz in ihrem Banne schenkt der Alte ihr Krone, Schloß und Land, obgleich er weiß, daß schon seine Kinder an dieser Liebe und Eifersucht zugrunde gingen, und obgleich die schöne Frau sichtlich nur zu Spott und Trug aufgelegt ist. Bei der Hochzeit erinnert der Astrolog daran, daß ihm einst die Erfüllung seines ersten Wunsches versprochen wurde. Er wünscht nichts Geringeres als die königliche Braut. Für diesen Uebermut erschlägt der König den Astrologen, der Hahn fliegt von der Stange und pickt Dodon mit seinem Schnabel das Hirn auf. Die Königin ward nicht mehr gesehen.

Wir sollen das alles als Gaukelspiel nehmen, und die Russen tun es auch. Unser unbefangenes Publikum aber fragt mit Recht: Was wollte der Astrolog? War sein Spiel mit der Königin abgekartet? Soll es gegeißelt werden, das einer wagt, die Elemente der Luft und des Himmels befehligen zu wollen? Stirbt der König, weil er sich im Besitz höherer Mächte vor jeder Selbstbesinnung und Verantwortung feige zurückzog? Oder tötet ihn der Hahn als symbolischer Ausdruck eines Elements, weil er seine irdischen Befugnisse als Mensch und Herrscher vergaß. Die Laterna magica zeigt ihre Bilder. Dem Märchen fehlt der innere Halt und der gute Schluß, der Groteske die Deutlichkeit, der Allegorie die Weisheit.

Die Inszenierung Hörths war auf Lustigkeit und Gepränge gestellt. Groteske Helme, winzige Schilde, blutrote Nasen, Bärte wie Fußsäcke und Kostüme wie aus dem Fasching. Das Groteske ist so bunt und malerisch toll, daß ein tieferes Besinnen nicht aufkommt. Ein Karnevalspiel, das die Menschen in Automaten, eckig bewegte Figurinen verwandelt. Tscheletitscheff hat Bilder für russische Augen geschaffen, breit und plump, in einem kleinen Bühnenrahmen. Das ist alles witzig und begabt gemacht, und jeder Akt ist eigentlich eine Kabarettnummer der Ausstattung. Aber der goldene Hahn ist kein „blauer Vogel", und die Oper ist keine Pantomine.

Rimskij Korsakoff forderte, daß sein Werk aus dem genialen Tanzspiel Fokins wieder zur Oper werde. Die Partitur sollte herrschen, nicht die Dekoration. Dafür nun ist die Musik doch nicht geistvoll und abwechselungsreich genug. Astrolog, Königin, goldener Hahn, haben sie nicht die gleichen Themen? Marsch, Kriegslärm, Bauerngesang — ist's nicht dieselbe Skala? Die Einfachheit und Natürlichkeit der Rezitative und des Einzelgedankens stammt von einem unkomplizierten Musiker, der ein Meister klarer Instrumentation war. Eine weiche, graziös geschwungene Linie, geht durch die Gesamtmelodie des Stückes und verträgt sich schlecht mit der Plumpheit der Bühnenprojekte. Die Gesänge der Königin prägen sich ein mit schönen, lyrischen, dem Volkslied verwandten Weisen des Morgenlandes. Der Sang an die Sonne, die orientalischen Schwerblütigkeiten, die duftigen Tänze, die Romanze und das Schlaflied — das alles ist feingetönles, musikalisches Goldgut, das den zweiten Akt strahlend ausfüllt. Den Humor der anderen Akte bestreitet das Poltern und Witzeln der Männer und Instrumente nur sehr unvollständig. Und auch des notwendigsten übermäßigen Dreiklangs wird man nach zehn Minuten überdrüssig.

Solange Dinaida Jurjewskaja auf der Bühne ihre bestrickende Liebenswürdigkeit, ihre graziösen Bewegungen und ihre saubere Cantilene offenbarte, war jeder Bann gebrochen. Der zweite Akt hatte großen Erfolg. Albert Fischer stampfte mit seiner Plumpheit sehr komisch, gespreizt und feist über die Bretter, musikalisch in gewohnter Zuverlässigkeit. Ebenso Stock, der brummbärige General. Ethel Hansa sang den goldenen Hahn hinter den Kulissen nicht sehr salonfähig, Ljuba Senderowna ließ eine schöne Altstimme vernehmen, und Aramesko sang den Astrologen mit den spitzen, scharfen Tenortönen des Kastraten sehr pointiert. Blech, der hier seine letzte Neueinstudierung leitete, wurde herzlich gefeiert. Ihm und der Jurjewskaja, kaum dem Werk, galt der Beifall.

Kurt Singer.

**Sonnenschein das ganze Jahr!** Wir Deutschen, die wir unter einem ewig bewölkten Himmel leben und uns schon nach dem „lachenden blauen Himmel" Italiens sehnen, empfinden es besonders schmerzlich, wenn auch noch in den wenigen Monaten, in denen wir ein Anrecht auf Sonnenschein zu haben glauben, der Wolkenvorhang nicht weichen will, wie es in diesem Jahr der Fall ist. Es gibt aber Länder, in denen das ganze Jahr Sonnenschein herrscht. Das ist z. B. in Südafrika der Fall, wo in manchen Gegenden nach den meteorologischen Aufzeichnungen 362 Tage im Jahr beständig die Sonne scheint. Nur an drei Tagen des Jahres herrscht Bewölkung vor. „Auf meiner Farm," so erzählt ein Ansiedler aus jener Gegend, „sehe ich manchmal mehrere Wochen hindurch keine einzige Wolke. Von dem Augenblick an, wo der rote Ball sich über die entfernten Hügel erhebt, bis zu dem grandiosen Schauspiel des purpurnen Unterganges, ist dann nicht eine Sekunde ohne Sonnenschein. Kein Wunder, daß die südafrikanischen Farmer ein lustiges Völkchen sind, denn etwas von dieser Lichtfülle dringt auch in ihr Herz. Eukalyptusbäume wachsen auf meiner Farm 30 Fuß in 4 Jahren; die Fichten, die bekanntlich langsam wachsen, haben in 5 Jahren eine Höhe von 10 Fuß erreicht. An einigen Beispielen sei diese Helle des Sonnenlichts und die dadurch verursachte Trockenheit veranschaulicht: Wenn ich einen Bogen mit Briefmarken kaufe und ihn auf meinem Schreibtisch liegen lasse, dann ist er innerhalb von einer halben Stunde zu einer festen Rolle zusammengeschrumpft. Gewaschen wird bei mir jeden Montag um 9 Uhr morgens. Um 1 Uhr ist die ganze Wäsche trocken. Wenn ich meine Feder in die Tinte tauche, so ist sie vollkommen trocken, wenn ich eine Zeile geschrieben habe. Da ich auf der Farm meistens ohne Jacke und Weste gehe, so bräunt die Sonne durch das Hemd den ganzen Körper; nur wo die Knöpfe sind, sind auf der Haut weiße Stellen."

**Eine Stadt unter dem Hammer.** In amerikanischen Blättern findet man die Anzeige, daß demnächst eine Stadt versteigert werden soll, die in den Inseraten ausdrücklich als „garantiert neu" angepriesen wird. Sie umfaßt ein Areal von 15 Hektar Gelände, enthält 300 Häuser, darunter einen Gasthof mit 152 Zimmern und eine öffentliche Autogarage mit 12 Wagen. Die Stadt verfügt über alle modernen Bequemlichkeiten wie Gas, Wasserleitung, Elektrizität, Kanalisation und Asphaltstraßen mit zementiertem Bürgersteig. Außerdem besitzt jedes Haus seinen eigenen, kleinen Gemüsegarten. Wer sich von der Wahrheit der Tatsache überzeugen will, braucht nur wenige Kilometer von New York über Land zu fahren, um das Wunder mit eigenen Augen zu sehen. Die in Frage kommende Stadt ist die vierte der Gartenstädte für Arbeiter und Angestellte, die, um der Wohnungsnot zu steuern, in Amerika angelegt wurden. Sie führt den bescheidenen Namen „Buckmannsheim". Diese Siedlungsstädte werden nach ihrer Fertigstellung Arbeitersyndikaten oder Angestelltenvereinigungen überlassen, die ihrerseits ihren Mitgliedern die Häuser oder Zimmer zum Selbstkostenpreis vermieten.

**Amundsen gibt seinen Polflug auf!** Amundsen, der in diesen Tagen seine Nordpolreise antreten wollte, depeschierte seinem Bruder: „Unternahm Probeflug 11. Mai. Resultat sehr unbefriedigend. Bedauere, genötigt zu sein, Flug aufzugeben." An den Kapitän der Fram, Hermansen, ist darauf folgendes Eiltelegramm abgesandt worden: Amundsen hat Flug aufgegeben, zurückkehret schnellstens mit Expedition.

Das ganze Unternehmen, zu dessen Unterstützung bereits Hilfsexpeditionen unterwegs sind, ist damit gescheitert.

**Die Juryfreie Kunstschau** wird auch in diesem Herbst wiederum im Berliner Landesausstellungsgebäude stattfinden. Die Eröffnung ist für den 6. Oktober vorgesehen und die Einlieferung der Kunstwerke soll vom 3. bis 5. September erfolgen. Einer der Hauptsäle ist in diesem Jahre für eine Sonderausstellung von Aquarellen hervorragender Künstler bestimmt.

**Eine neue Reinhardtbühne.** Ueber den Kammerspielen des Deutschen Theaters soll in dem bisher der Schauspielschule dienendem Saale ein neues Theater eingerichtet werden. — Die andere neue Reinhardtgründung am Kurfürstendamm stößt inzwischen auf Schwierigkeiten: der Direktor des benachbarten Theaters, Eugen Robert, will den Betrieb eines zweiten, auf dem gleichen Grundstücke liegenden Theaters, verbieten lassen.

**Förderung des Handarbeitsunterrichtes.** Ein soeben ergangener Erlaß des preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zieht für die Volksschulen die Folgerung daraus, daß jetzt in weiten Kreisen Mädchen gezwungen sind, Wäsche und Kleidungsstücke für den Hausbedarf selbst herzustellen oder umzuarbeiten. **Der Handarbeitsunterricht der Mädchen soll nachdrücklich gefördert werden.**

# Städtische Werkstätten.

## Hilfe für Schwerbeschädigte.

Von Stadtrat Schüning.

Das Gesetz vom 12. Januar 1923 gibt der Hauptfürsorgestelle der Stadt Berlin für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene die Möglichkeit, die Schwerkriegsbeschädigten im Erwerbsleben unterzubringen. In Berlin befinden sich etwa dreißigtausend Schwerbeschädigte, und durch die erfolgreiche Tätigkeit der Vermittlungsstelle für Schwerbeschädigte konnten bereits über 90 Proz., und zwar durchweg zu vollen Tariflöhnen, untergebracht werden. Auf Grund eines durch jahrelange Erfahrung gestützten technischen Außendienstes ist es möglich gewesen, diese schwere Aufgabe in dankenswerter Weise zu lösen.

Die Arbeitsvermittlung für Schwerbeschädigte unterscheidet sich von jeder anderen dadurch, daß jede Vermittlung eine individuelle Behandlung erfordert.

Von einigen Ausnahmen abgesehen, kann festgestellt werden, daß auch die Industrie ihren Verpflichtungen nachkommt.

Die Hauptfürsorgestelle der Stadt Berlin hat nun seit einiger Zeit Werkstäten eingerichtet, in welchen in der Hauptsache Schwerbeschädigte beschäftigt werden. Diese Werkstätten dienen einmal dazu, einem Teil der Schwerbeschädigten eine Berufsausbildung zu geben, und ferner, diejenigen zu beschäftigen, welche in der Industrie nicht unterzubringen sind. Gegenwärtig sind drei Betriebe vorhanden:

Eine Schuhmacherwerkstatt,
eine Werkstatt für Tabakverarbeitung und
eine Werkstatt für Schrottverwertung.

1. Die Schuhmacherwerkstatt beschäftigt zurzeit zwanzig Personen unter Leitung von zwei Fachleuten. Die Aufträge stammen in der Hauptsache aus den Fürsorgestellen, welche die Schuhreparaturen der von ihnen betreuten Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten ausführen lassen. Die Bezahlung erfolgt nach Stücklohn und zu den Tarifsätzen. Für den durch körperliche Beschädigung bedingten Lohnausfall wird ein Zuschlag von 10 Proz. gewährt.

2. Die Werkstätte der Tabakarbeiter. Hier werden augenblicklich 21 Personen durch zwei Fachleute in der Zigarrenfabrikation ausgebildet. Ein schwerbeschädigter Kaufmann erledigt den Ein- und Verkauf. Nach einer längeren Beschäftigungsdauer und nachdem die Schwerbeschädigten mit allen Arbeiten vertraut sind, werden sie der Tabakindustrie zugeführt.

3. Die Schrottverwertung. Die Hauptfürsorgestelle hat von der Reparationskommission zwecks Verschrottung 80 Tonnen zerstörte Feldfernsprechhörer und 200 Tonnen Feldfernsprechvermittlungskästen angekauft. In einer Abteilung sind lungenkranke Schwerbeschädigte damit beschäftigt, die Hörer auseinanderzunehmen. Die Arbeit ist leicht und kann im Sitzen ausgeführt werden. In einer anderen Abteilung erfolgt wieder die Sortierung durch ganz schwer beschädigte Personen. 39 Schwerbeschädigte haben hierdurch eine Beschäftigung gefunden, und einige sind darunter, deren Arbeitsleistung und Arbeitslust, weil durch nervöse und andere Zustände behindert, erst wieder gefördert werden muß.

Durch diese Einrichtungen der Hauptfürsorgestelle der Stadt Berlin ist es erfreulicherweise gelungen, eine größere Zahl von Schwerbeschädigten wieder arbeitsfähig zu machen. Die Werkstätten sollen in der Hauptsache nur eine Durchgangsstation darstellen. Nur ein kleinerer Teil wird dauernd beschäftigt, und hier handelt es sich um solche Personen, die auch mit Hilfe des Schwerbeschädigtengesetzes nicht untergebracht werden können.

Der Magistrat hat beschlossen, diesen Werkstätten eine Rechtsform zu geben unter dem Titel: „Berliner Lehr- und Beschäftigungswerkstätten für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und andere Erwerbsbeschränkte G. m. b. H."

Eine entsprechende Vorlage wird der Stadtverordnetenversammlung in allernächster Zeit zugehen. Da es sich hier um Betriebe handelt, die den sozialen Zweck verfolgen, den Schwerbeschädigten zu nützen, darf man der Erwartung Ausdruck geben, daß diese Einrichtungen allseitig Billigung und Förderung finden werden.

# Marksturz und auswärtige Lage.

Paris, 19. Juni. (Eca.) Die französische Presse beschäftigt sich eingehend mit dem neuen Sturz der Mark, den sie mit den schlimmsten Prophezeiungen für die ganze wirtschaftliche Zukunft Deutschlands begleitet. Aus den Pressekommentaren geht hervor, daß die Entwertung der Mark in den Augen der französischen öffentlichen Meinung auch eine

**Entwertung Deutschlands als Verhandlungspartner**

bei den bevorstehenden Reparationsbesprechungen bedeutet. Insbesondere die Auslands-Korrespondenten der französischen Presse verzeichnen zahlreiche alarmierende Gerüchte. Der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris" schreibt die ganze Kursbewegung an der gestrigen Londoner Börse der Unruhe über die Unsicherheit der europäischen und orientalischen Lage zu. Der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien" verzeichnet das Gerücht, wonach die Mark demnächst an der New Yorker Börse nicht mehr gehandelt werden soll. Die Situation habe etwas tragisches an sich. Zahlreich sind im übrigen auch die Stimmen, die glauben, der weitere Sturz der Mark nehme der deutschen Regierung die Möglichkeit, den passiven Widerstand weiterhin zu finanzieren. Der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien" faßt die allgemeine Stimmung mit den Worten zusammen: Der allgemeine Eindruck ist, daß Deutschland eine schwere innere Krise droht.

## Devisenkurse.

| | 19. Juni | | 18. Juni | |
|---|---|---|---|---|
| | Käufer- (Geld-) Kurs | Verkäufer (Brief-) Kurs | Käufer (Geld-) Kurs | Verkäufer (Brief-) Kurs |
| 1 holländischer Gulden . . . | 54668.— | 54937.— | 57855.— | 58145.— |
| 1 argentinische Papier-Peso | 44875.— | 50125.— | 52867.50 | 53132.50 |
| 1 belgischer Frank . . . . . | 7381.50 | 7418.50 | 7905.— | 7945.— |
| 1 norwegische Krone . . . . | 23142.— | 23258.— | 24338.50 | 24661.50 |
| 1 dänische Krone . . . . . | 25087.— | 25168.— | 26334.— | 26466.— |
| 1 schwedische Krone . . . . . | 87107.— | 87298.— | 89102.— | 89298.— |
| 1 finnische Mark . . . . . | — | — | 4089.50 | 4110.50 |
| 1 japanischer Yen . . . . . | 68827.50 | 69172.50 | 72069.— | 72431.— |
| 1 italienische Lire . . . . . | — | — | 6738.— | 6817.— |
| 1 Pfund Sterling . . . . . | 643387.— | 646613.— | 680793.— | 689207.— |
| **1 Dollar . . . . . .** | **139650.—** | **140350.—** | **147630.—** | **148370.—** |
| 1 französischer Frank . . . . | 8703.— | 8747.— | 9236.50 | 9283.50 |
| 1 brasilianischer Milreis . . | 14568.50 | 14636.50 | 15211.50 | 15288.50 |
| 1 Schweizer Frank. . . . . | 25087.— | 25213.— | 26503.50 | 26666.50 |
| 1 spanische Peseta . . . . . | 20947.50 | 21052.50 | 21945.— | 22055.— |
| 100 österr. Kronen (abgest.) . | — | — | 207.97 | 209.03 |
| 1 tschechische Krone . . . . . | — | — | 4438.50 | 8499.— |
| 1 ungarische Krone . . . . . | — | — | 15.95 | 16.04 |
| 1 bulgarische Lewa . . . . . | — | — | 1870.— | 1880.— |
| 1 jugoslawischer Dinar . . . | — | — | 1620.50 | 1629.50 |

# „Mark ist Mark"!

Verdienen in Goldmark, zahlen in Papiermark, das war der Grundsatz, mit dem die Rechtsparteien gestern im Etatsausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung gegen die Einführung eines Geldentwertungsparagraphen bei den Gemeindesteuern ins Feld zogen. Wenn auch die Wirtschaft längst nicht mehr mit Papiermark rechnet, wenn auch die Lohn- und Gehaltsempfänger in Wirklichkeit „wertbeständig" besteuert werden — bei den Steuern auf den Besitz müssen Reich, Länder und Gemeinden an dem Prinzip festhalten: Mark ist Mark! Die Gewerbesteuer schien mit ihren 30 Proz. vom vorjährigen Ertrage am 1. April angeblich tragbar. Nunmehr wäre schon heute bei der inzwischen eingetretenen 6- oder 7fachen Geldentwertung den Großbetrieben ein geradezu ungeheuerliches Geschenk in den Schoß geworfen. Und die Stadt hätte ebensoviel an Einnahmen verloren. Hilft nichts — Mark bleibt Mark! Und die Sozialdemokratie, die trotz der drohenden Geste des Volksparteilers Herrn Dr. Leidig den Entwurf des Magistrats zu ihrem Antrag erhob, treibt „eine unverantwortliche Politik der Opposition", ruiniert die Mark, läßt die größte Kommune der deutschen Republik die „Depossedierung ihrer Währung" aussprechen. So die Deutschnationalen. So leider auch die Deutsche Volkspartei, die gestern offenbar von allen guten Geistern verlassen war und nun mit etlichen Volten den Weg zur Vernunft zurück wird suchen müssen. Und das alles nur, weil eine Kommune mit gutem Beispiel vorangehen will, nicht in jedem Monat oder in Zukunft vielleicht in jeder Woche neue Steuerverordnungen fabrizieren und den unnötigen Verwaltungsapparat dafür in den Dienst stellen möchte, sondern ein für allemal die fällige Steuerquote nach dem Goldankaufspreis (bezogen auf den Preis am 1. April) errechnen will. Aber das kann natürlich das Gewerbe nicht tragen, obgleich es sich um eine rein mechanische Umrechnung der Abgabe nach der Geldentwertung handelt, um dieselbe Umrechnung, die für das Verdienen ohne weiteres „tragbar" ist. Dann hört allerdings das System auf, nach dem bei jeder neuen Anpassung der Steuerordnung an die Geldentwertung ein kleines Geschenk für die Gewerbetreibenden abfällt, bis diese einst wichtigste Steuerquelle heute beinahe ertraglos geworden ist. Darum der Sturm der Entrüstung. Darum das schwere Geschütz juristischer und hochpolitischer Einwände. Es geht wieder einmal darum, die Großverdiener und Nutznießer unserer Not vor einer kräftigen Heranziehung zu den gemeinsamen Lasten zu bewahren. Die Rechtsparteien sollten sich darüber klar sein, daß für die Sozialdemokratie an dieser Frage das Schicksal des Haushalts hängt. Soll es so sein, daß wie gestern der Geldentwertungsprozeß auch der gesamte Etat gegen die Stimmen nicht nur der Deutschnationalen, sondern auch der Volkspartei beschlossen wird? Die Sozialdemokratie hat über ihre Stellung niemals einen Zweifel gelassen.

*

Bürgerliche Blätter bringen übereinstimmend eine Korrespondenzmeldung, nach der die von unseren Genossen beantragte Geldentwertungsklausel im städtischen Haushalt auf eine Reihe von Steuern, die bisher nicht mit gleitenden Ziffern gerechnet hatten, ausgedehnt werden soll. Unter den Steuern ist die Gewerbesteuer nicht aufgeführt. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß der mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten gefaßte Beschluß des Etatsausschusses sich auch auf die städtische Gewerbesteuer bezieht.

## Ein „parteiloser" Monarchist.

Wie die Besetzung der Rhein- und Ruhrgebiete den deutschen Monarchisten das erwünschte Wasser auf ihre Mühlen führt, sah man wieder in einer Versammlung, die ein „Deutscher Rheinbund" am Montag im Dahlemer Arndt-Gymnasium veranstaltete. Zweck der Versammlung war, in dieser erst nach Besetzung des Ruhrgebietes gegründeten Organisation eine Ortsgemeinschaft für Dahlem und Grunewald zu schaffen. Der „Rheinbund", der dazu beitragen will, das Rheinland samt den anderen besetzten Gebieten von der Fremdherrschaft zu befreien, rechnet mit der Teilnahme aller Volksgenossen „ohne Unterschied der Partei". Das wurde in der Versammlung ausdrücklich hervorgehoben, und in eindringlichen Worten tadelten die Redner den „Parteihader", über dem so oft das gemeinsame Interesse des ganzen Volkes vernachlässigt werde. Was von dieser Betonung der angeblichen „Parteilosigkeit" des „Rheinbundes" zu halten ist, das zeigte sich bei den Ausführungen des aus Straßburg ausgewiesenen Justizrats Jerschke, der in der Versammlung sprach. Er begnügte sich nicht damit, gegen Frankreich einen wütenden Haß zu predigen, der aus seinem persönlichen Schicksal heraus vielleicht zu begreifen ist. Er berührte auch den Zusammenbruch des deutschen Kaisertums und wies hin auf die Zeit, in der dem deutschen Volk wieder „ein Held, ein König, ein Kaiser, oder wie man ihn sonst nennen will", erstehen müsse. Allerdings war er klug genug, den Vorbehalt zu machen, daß dies nur möglich sei, wenn eine starke Mehrheit des Volkes es wolle. An der Versammlung, in der diese Propaganda für die Monarchie getrieben wurde, nahmen auch Schüler des Arndt-Gymnasiums in sehr großer Zahl teil. Hier wirkte nicht nur der Schülerchor mit, der mehrere Lieder („Ich hab mich ergeben", „Was ist des Deutschen Vaterland", Der Gott, der Eisen wachsen ließ") vortrug, sondern auch viele andere Schüler der Anstalt waren gekommen, um den „Rhein-Film" zu sehen. Anscheinend hatten die Schüler unter den Versammelten sogar die Mehrheit. Der Anstaltsleiter, Oberstudiendirektor Dr. Kremmer, war anwesend, und er hatte auch den Aufruf mitunterzeichnet, der zum Besuch der Versammlung einlud.

## Die Sparmaßnahmen der Straßenbahn.

### Verringerung des Ausgabenetats. — Zunehmender Verkehr.

Ueber die im Herbst vorigen Jahres begonnene und Ende März dieses Jahres abgeschlossene Neuorganisation des Groß-Berliner Straßenbahnverkehrs durch Zusammenziehung, Umlegung und Stillegung einer Reihe von Straßenbahnlinien ist nunmehr eine statistische Zusammenstellung erfolgt, die das Resultat dieser und anderer Sparmaßnahmen der Straßenbahnverwaltung erkennen läßt. Danach beträgt die durch diese Neuordnung erzielte Ausgabeersparnis im Monat rund 2,1 Milliarden Mark bei einem Ausgabenetat von zirka 11 bis 12 Milliarden. Des weiteren hat der Verkehr auf der Straßenbahn erfreulicherweise recht erheblich zugenommen, während noch vor zwei Monaten täglich rund 800 000 Fahrgäste zu verzeichnen waren, ist die Frequenzziffer im Laufe der letzten 6 bis 8 Wochen auf durchschnittlich 1,1 Millionen gestiegen. Zu dieser Zunahme des Verkehrs hat neben der alljährlich zu beobachtenden Tatsache, daß das Publikum bei Eintritt der wärmeren (?) Jahreszeit Straßenbahn und Omnibusse gegenüber Hochbahn und Stadtbahn bevorzugt, vor allem die neue, nunmehr endgültige Linienführung der Straßenbahn beigetragen, die einer Reihe bis dahin vernachlässigter Linien neue Fahrgäste zugeführt hat.

Vom 21. Juni ab wird nach Abschluß der eingehenden Vorarbeiten der neue Fahrplan der Straßenbahn in Kraft treten, der zwar keine weiteren Linienänderungen mehr bringt, wohl aber auf einer ganzen Reihe wichtiger Linien eine nicht unerhebliche Beschleunigung der Fahrgeschwindigkeit vorsieht und damit eine begrüßenswerte Verkehrsverbesserung bringt. Am gleichen Tage wird das neue Fahrplanbuch der Straßenbahn zur Ausgabe gelangen. Es enthält einen vollständigen Plan von Groß-Berlin, auf dem sämtliche Straßenbahnlinien, ferner die Bahnhöfe, die wichtigsten Behörden, Industrieunternehmungen, Spiel- und Sportplätze usw. eingezeichnet sind.

Was die Frage einer neuerlichen Erhöhung des Straßenbahntarifes betrifft, so steht die Verwaltung auf dem Standpunkt, daß im Augenblick der 600-Mark-Tarif — einer der niedrigsten aller deutschen Straßenbahnen — ausreicht. Es ist allerdings nicht unwahrscheinlich, daß, wie von verschiedenen Seiten schon befürchtet wurde, der Fahrpreis gleich einen Sprung auf 1000 Mark machen wird.

## Die Deckung des Berliner Haushalts.

Der Haushaltsausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung beriet heute in langwierigen Verhandlungen die Deckung des im Entwurf des Magistrats noch gebliebenen Defizits. Die sozialdemokratische Fraktion betonte mit aller Entschiedenheit, daß sie dem Haushaltsplan nur zustimmen könnte, wenn der wesentliche Teil der Lasten auf die Schultern der Besitzenden durch eine starke Anspannung der Gewerbesteuer gelegt würde, und wenn bei den Werken keine Tariferhöhungen zu Lasten der großen Menge der Verbraucher einzutreten brauchten. Eine Einigung kam schließlich auf folgender Grundlage zustande: Von dem Defizit, das nach Abzug der Ersparnisse bei den Beamtenbesoldungen in Höhe von 3 Milliarden Mark verblieb, insgesamt 32 Milliarden, sollen gedeckt werden: 6 Milliarden durch eine Erhöhung des Anteiles der Einkommensteuer, 4 Milliarden durch eine Verdoppelung der Hundesteuer, 3 Milliarden durch eine Verdoppelung des gemeinen Wertes der Grundstücke, 1 Milliarde durch Erhöhung der Abgaben der Güter, 7 Milliarden durch Werksüberschüsse und insgesamt 11,1 Milliarden durch die Anspannung der Gewerbesteuer, wobei in Aussicht genommen ist, bei der eigentlichen Gewerbesteuer den Normalsteuersatz von 7 auf 9 Proz. zu erhöhen und den Rest durch Einführung einer 1prozentigen Lohnsummensteuer aufzubringen.

Wir behalten uns vor, auf diesen Beschluß des Haushaltsausschusses noch näher einzugehen.

## Wucherpreise für frische Kartoffeln.

### Kundgebungen auf dem Schöneberger Wochenmarkt.

Infolge des gänzlichen Kartoffelmangels kam es heute vormittag auf dem Wochenmarkt vor dem Schöneberger Rathaus zu erregten Szenen. Auf dem ganzen Markt war nicht ein Stand mit alten Kartoffeln anzutreffen. Dagegen waren die Stände mit neuen Kartoffeln angefüllt, die zum unerhörten Preise von 2500 M. und mehr verkauft wurden. Der Frauen der arbeitenden Klasse bemächtigte sich angesichts dieser Unmöglichkeit, die Kartoffeln für die Mittagsmahlzeit einkaufen zu können, große Erregung; sie zogen vor das Rathaus, wo ihnen eröffnet werden mußte, daß auch die Stadt keine alten Kartoffeln mehr zur Verfügung hat. Dadurch wurde die Erregung noch gesteigert, und einige Händler, die für ihre Warenbestände fürchteten, alarmierten die Polizei. Schließlich gelang es gütigem Zureden, die Frauen vor unüberlegten Schritten abzuhalten. Die Händler zogen es aber vor, ihre Waren wieder einzupacken und schleunigst den Markt zu verlassen.

### Ungebetene Logiergäste.

Eine arge Enttäuschung erlitt der Bankbeamte Gruneck aus der Elbinger Str. 35, als er jetzt mit seiner Familie von einer mehrwöchigen Urlaubsreise heimkehrte. Diebe hatte aus der Wohnungstür eine Türfüllung kunstgerecht ausschnitten, wieder eingesetzt und ungestört in der Wohnung gehaust. Tagelang hatten sie in dieser zugebracht, sich an den Eßvorräten gütlich getan und sogar in den Betten geschlafen. Bevor sie dann die Wohnung verließen, richteten sie diese in vandalischer Weise zu. Aus Schränken und Bufett schlugen sie die Türfüllungen heraus und beschmutzten die Teppiche und Wäschestücke, soweit sie sie nicht mitnahmen. Den größten Teil der Beute hatten sie wohl inzwischen schon verkauft. Wer zur Aufklärung dieses Einbruchs Mitteilungen machen kann, soll sich bei der Dienststelle B 12 der Berliner Kriminalpolizei im Zimmer 52 melden.

**Neue Zehntausendmarkscheine.** In den nächsten Tagen wird eine III. Ausgabe der Reichsbanknoten zu 10 000 M. in den Verkehr gebracht werden. Die Noten sind 100×180 Millimeter groß und auf weißen Papier gedruckt, das bei der Durchsicht ein über die ganze Fläche laufendes Wasserzeichen (Bierpaßmuster) zeigt. Auf der Vorderseite befindet sich links ein etwa 45 Millimeter breiter, nur mit einem länglichen, olivgelben Linienmuster belegter Schaurand. Das Druckbild der Vorderseite wird durch einen bläulichen Zierrand in drei Felder aufgeteilt. Im rechten oberen Felde befindet sich ein Dürerscher Männerkopf in olivgrauer Farbe, der sich scharf vom dunklen Hintergrunde abhebt. Das in olivgrüner Farbe hergestellte Druckbild der Rückseite besteht aus zwei Seitenguillochen, die oben durch die Worte „Zehntausend Mark" und unten durch den Straffatz verbunden sind. In der Mitte befindet sich auf leicht angedeutetem Adlerbilde die große Wertzahl „10 000", darüber stehen die Buchstaben „R. B. D.", darunter das Wort „Mark".

**Der Potsdamer Oberbürgermeister Boßberg** war bekanntlich das Ziel einer ganzen Reihe von Angriffen geworden. Nachdem nunmehr der Nachweis der Haltlosigkeit jener Beschuldigungen erbracht wurde, hat gestern Oberbürgermeister Boßberg sein Amt wieder aufgenommen.

**Die städtischen Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters** finden statt: 1. in der Philharmonie, Mittwoch, den 20. Juni, abends 8 Uhr; 2. Germania-Prachtsäle, Freitag, den 22. Juni, abends 8 Uhr; 3. Neue Welt, Dienstag, den 26. Juni, abends 8 Uhr; 4. Brauerei Friedrichshain, Mittwoch, den 27. Juni, abends 8 Uhr; 5. Philharmonie, Freitag, den 29. Juni, abends 8 Uhr. Der Vorverkauf zu den Volkskonzerten des Philharmonischen Orchesters findet statt: in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelufer 24/25, im Zigarrengeschäft von Horsch, bei den Bezirksämtern (Volksbildungsämtern), in den betreffenden Konzertsälen und an der Abendkasse. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Eintritt 1000 M. Kassenöffnung 7 Uhr. Programm 200 M.

## Der neue Aetna-Ausbruch.

### Drei Ortschaften unter der Lava begraben.

Einer Meldung aus Mailand zufolge, ist der neue Ausbruch des Aetna weit gefährlicher als anfangs angenommen wurde. Der Lavastrom hat schon große Verheerung angerichtet. Die großen Ortschaften Piccioli, Pallamolata und Ferro sind vollständig in der Masse begraben. Der rechte Arm des Lavastromes bedroht die Stadt Linguaglossa. Ein weiterer Arm, der ungefähr 300 Meter lang und 5 Meter hoch ist, bewegt sich mit einer Durchschnittsstundengeschwindigkeit von 60 Metern in westlicher Richtung vorwärts. Die Bauern fliehen in Scharen. Besonders groß ist der den Feldern und Weinbergen zugefügte Schaden. Stellenweise sind Bahnlinien und Landstraßen gefährdet. Die Aufregung ist ungeheuer.

Eine Meldung aus Catania besagt: Bei dem neuen Ausbruch des Aetna haben die Lavaströme auch den Bahnhof Castiglione zerstört und die um den Aetna führende Eisenbahnlinie gesperrt. Infolge der Teilung der Lavaströme ist die Gefahr neuer Verwüstungen zurzeit anscheinend gebannt. Die Bezirksbehörden sind nach der Unglücksstätte geeilt, der Minister für öffentliche Arbeiten wird aus Rom erwartet.

### Wetter für morgen.

**Berlin und Umgegend.** Kühl und veränderlich, überwiegend bewölkt mit leichten Regenfällen und ziemlich frischen nordwestlichen bis nördlichen Winden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Zur Lohnpolitik der Unternehmer.

Aus den Kreisen der westlichen Industrie brachte die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ am 17. Juni eine Zuschrift, worin eine Mohrenwäsche versucht wird und die Richtlinien für die künftige Lohnpolitik der Unternehmer vorgezeichnet werden. Im November 1918 ist das Unglück geschehen. Der Achtstundentag wurde eingeführt und damit sei eine Mehrbelastung des unproduktiven Lohnkontos und der Generalunkosten der deutschen Betriebe von mindestens 15 Millionen Mark pro Tag erfolgt. Die Löhne seien damals über den Goldlohn hinausgestiegen. „Im Januar 1919 stand der Lohn eines ungelernten Arbeiters 80 Pf. oder fast 40 Proz. und noch im Juli 1919 6 Pf. oder rund 51 Proz. pro Stunde über einem nach Dollarkurs errechneten fingierten Goldlohn.“

Der Mann aus der westlichen Industrie gibt nun zu, daß dieser Zustand — selbst wenn er durchaus zutreffend geschildert wäre — heute etwas überholt ist.

„Inzwischen ist für viele Gewerbezweige zwar der Lohn des einzelnen Arbeiters unter den Dollarstand herabgesunken.“ Das ist sehr vorsichtig ausgedrückt! Trotzdem sei die deutsche Gesamtproduktion mit einer Gesamtlohnsumme in annähernd Friedenshöhe, zum Teil über Friedenshöhe hinaus belastet. Die Ursache des Lohnrückgangs sei darin zu suchen, „daß eine zu große Zahl produktiver und namentlich unproduktiver Arbeitskräfte bei gleichgebliebener Gesamtproduktion von dem Gesamtlohn zehrt und daß der Anteil des einzelnen dadurch natürlich entsprechend verringert wird“. Die deutsche Wirtschaft müsse über ihren Produktionsbedarf an Arbeitskräften hinaus schätzungsweise 30 bis 40 Proz. mehr Arbeiter halten.

Es läge hier doch nahe, einmal einen Vergleich zu ziehen zwischen den Gewinnen der unproduktiven Nutznießer der Arbeitskräfte in der deutschen Wirtschaft und den Löhnen der vorgeblich unproduktiven Arbeitskräfte, um die Belastung der deutschen Wirtschaft näher zu beleuchten. Allein das paßte nicht in den Rahmen der Unternehmerauslassungen, aus denen drei Gesetze abgeleitet werden: Goldlohn kann nur für Goldleistung und entsprechende Friedensproduktion gegeben werden; Abbau der Zwangswirtschaft auf dem Arbeitsmarkt und Wiederherstellung der früheren Arbeits- und Betriebsverfassung sind eine zwingende Voraussetzung für den Goldlohn des einzelnen Arbeiters, der jedoch — als drittes Gesetz — erst dann in Frage kommen kann, wenn die Inlandskaufkraft der Mark durch Beseitigung der Zwangswirtschaft (namentlich auf dem Wohnungsmarkt und in der Brotversorgung!) vergrößert wird, so daß „der für die Miete und den Brotgetreidebedarf aufzunehmende Lohnanteil erheblich unter dem vor dem Kriege aufzunehmenden Betrag von 20 bis 30 Proz. des Gesamtlohneinkommens liegt.“

Die Verbilligung des Produktionsprozesses müsse gleichbedeutend sein mit einer Einschränkung der Arbeiterzahl. Die Arbeitsmarktkrise müsse in der Hauptsache auf dem ungelernten Arbeiter lasten. Die gelernten Arbeiter sollen im großen und ganzen davon verschont bleiben. Unser Goldlohnmann stellt den gelernten Arbeiter vor die Frage, „ob ihm ständig der Teil des Lohnes entzogen bleiben soll, der ihm schon seit längerer Zeit zu wenig gezahlt wird, weil die ungelernten Arbeiter einen über das gerechte Maß hinausgehenden Anteil erhalten“.

Eine „vernünftige Arbeitsmarktpolitik“, das heißt die Brotlosmachung möglichst vieler Arbeiter zur Bildung industrieller Reservearmeen, mache große Mittel frei, bei großen Werken hohe Milliardenbeträge, die dann zur besseren Entlohnung qualifizierter Arbeiter und zur Herabsetzung der Preise verwendet werden könnten. Durch billigere Preise werde die Kauflust gefördert (auch die der Arbeitslosen?), der Absatz im In- und Ausland vermehrt, die Absatzkrise beseitigt und schließlich auch die Zahl der Arbeitslosen vermindert.

So löst sich im kapitalistischen Hirn die ganze Wirtschafts- und Lohnfrage in voller Harmonie; abgesehen von ein paar Millionen Arbeitsloser, die ihr Mißgeschick dem Umstande verdanken, daß sie bisher einen über „das gerechte Maß“ hinausgehenden Anteil von dem Lohnkuchen erhalten haben.

Handelt es sich hier auch nur um eine gewisse Erläuterung zu dem sogenannten Angebot der Industrie, so ist es dennoch nicht überflüssig, die lohnpolitischen Gedankengänge der Unternehmer kennen zu lernen, um sie wirksam zu bekämpfen.

---

## Die neuen Staatsarbeiterlöhne.

### Rund 100 Prozent Aufschlag.

Die Verhandlungen, die am Montagnachmittag im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Reichsarbeiter begannen, wurden in später Nachtstunde abgebrochen und heute vormittag fortgesetzt. Es stehen zur Stunde folgende Stundenlöhne für die Ortsklasse A fest: Lohngruppe I 4800, II 4680, III 4560, IV 4440, V 4368, VI 4320, VII 4272 M. Die Frauenlöhne sind noch nicht festgesetzt. Die Frauen- und Kinderzulage ist auf je 300 M. erhöht worden. Die Spannung von Ortsklasse zu Ortsklasse beträgt für die männlichen Bediensteten 90 M. In den heutigen Verhandlungen werden sich die Organisationsvertreter bemühen, die Differenz, die bisher zwischen der Spannung für männliche und weibliche Bedienstete bestand, zugunsten der Frauen zu verringern.

---

## Zum Artistenstreik.

Entgegen anderslautenden Mitteilungen ist der Artistenstreik bisher noch nicht beigelegt. Zurzeit ist die Lage folgende:

Als auf Grund der unzureichenden Teuerungsziffer des Vormonats die Mindestgage für den Monat Juni mit 9975 M. täglich bzw. 299 750 M. für den Monat festgesetzt wurde, gab die Artisten-Loge ihren Ortssekretariaten Instruktionen über eine angemessene Teuerungszulage zu unterhandeln. Auf Grund dieser Anweisung haben an einzelnen Orten, so in München, Chemnitz, auch erfolgreiche Unterhandlungen stattgefunden. In den meisten Orten lehnte man jedoch Teuerungsverhandlungen ab, mit dem Hinweis, daß der paritätische Hauptausschuß des Varietégewerbes am 12. Juni in Berlin tagte; man werde dessen Anweisungen abwarten. Im Hauptfachausschuß lehnten aber die Arbeitgeber ab, Teuerungszulagen festzusetzen oder auch nur Richtlinien für die örtlichen Fachausschüsse aufzustellen. Daraufhin sah sich die Artisten-Loge veranlaßt, ihren Ortsverbänden die Anweisung zu geben, daß überall eine 50prozentige Teuerungszulage gefordert werden soll, andernfalls soll in den Streik getreten werden. Nur wo Einigungen bereits erfolgt seien, sollen diese Geltung haben, obwohl inzwischen der Dollar von 80 000 M. auf 120 000 M. gestiegen war. In Berlin ist es deshalb nicht zu einem Streik gekommen. Es wurde nur durch 12 Streikkolonnen, je eine für jedes Stadtviertel, den Unternehmern ein entsprechender Revers zur Unterschrift vorgelegt. Dieser wurde auch fast ohne Zwischenfall unterzeichnet. Zu Streiks ist es nur in einigen Kinovarietés des Südens und vorübergehend im Eulenspiegel, Jägerstraße, und Schwarzer Adler, Schöneberg, gekommen. In der Provinz hat der Varieté-Theater-Direktoren-Verband seinen Mitgliedern die Anweisung gegeben, auf die Forderung der Loge von 50 Proz. Zulage nicht einzugehen. Es kam deshalb in der Provinz in vielen Städten zum Streik. In Dresden, Leipzig und Breslau haben etwa die Hälfte der Betriebe bewilligt, die andere Hälfte wird bestreikt.

In Hamburg haben die ganz großen und die ganz kleinen Etablissements bewilligt, die mittleren Kabarett-Cafés sind stillgelegt. In Köln, Aachen und Erfurt wurde die Forderung bewilligt. In Frankfurt a. M. wird ein Etablissement bestreikt. Ueberall da, wo die Forderung der Internationalen Artisten-Loge nicht bewilligt wurde, setzt sich der Streik auch weiter fort. Die Mittel zum Streik werden, abgesehen von dem ziemlich starken Solidaritätsfonds der Loge, dadurch aufgebracht, daß jeder Artist im In- und Auslande, der vom Streik nicht betroffen wird, 2 Proz. seiner Gage abzuführen hat. Außerdem laufen große Spenden ein. So hat allein die deutsche Artistenschaft in New York 1000 Dollar durch Kabel überwiesen. Auch die Artisten mit großen Gagen halten sich durchaus solidarisch, sie streiken nicht nur mit, sondern stehen vielfach auch Streikposten. Gerade gegen diese richtet sich die Unnachgiebigkeit der Direktoren. Sie sind bereit, den Artisten mit kleinen Gagen geringe Teuerungszulagen zuzubilligen, wollen aber nicht anerkennen, daß ein Artist mit höherer Gage, der auch höhere Ausgaben und Unkosten hat und dessen Lebensniveau ein ganz anderes ist, ebenfalls einer Aufbesserung bedarf. Sie lassen völlig außer Betracht, wie hoch die Unkosten für Requisiten, Apparate, Kostüme, Tierfutter usw. heute sind und weisen immer nur auf die paar großen „Kanonen“ oder „Stars“ hin, die angeblich Ministergehälter beziehen, obgleich deren Anzahl an den Fingern zu zählen ist.

---

## Tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse.

Die zunehmende Bedeutung der Tarifverträge für die Regelung der Löhne, der Arbeitszeit und sonstigen Arbeitsbedingungen wird in der Wochenschrift des Internationalen Arbeitsamts „Industrial and Labour Information“ veranschaulicht. Nach dieser Quelle bestanden in Deutschland am 31. Dezember 1921 11488 Tarifverträge für 607476 Unternehmungen mit 12882874 beschäftigten Arbeitern, wovon 2 729 786 weiblichen Geschlechts vertreten waren. Am zahlreichsten waren die Tarifverträge in der Metallindustrie, dann in der Land- und Forstwirtschaft und in Bergwerken. In Tschechoslowakien wurden 1921 422 Tarifverträge angeschlossen, die für 354898 Arbeiter Geltung hatten. In Oesterreich, wo die Einigungsämter berufen sind, die in ihrem Wirkungskreis abgeschlossenen Tarifverträge zu registrieren, wurden im Jahre 1922 von zehn Einigungsämtern 1383 Verträge eingetragen, davon in Wien 741, Graz 189, Wr. Neustadt 129 usw.

In Rumänien besteht noch keine Gesetzgebung über Tarifverträge, doch sind solche dort in den letzten drei Jahren in zunehmendem Umfang eingeführt worden. Die Zahl der abgeschlossenen Verträge nahm 1922 zu von 71 mit 27 496 beteiligten Arbeitern auf 167 mit 68 704 beteiligten Arbeitern. In Norwegen waren 1921 398 Tarifverträge in Kraft, die für 91 162 Handarbeiter und 4 247 Nichthandarbeiter Geltung hatten. — Das russische statistische Zentralamt veröffentlichte jüngst Angaben über Tarifverträge, wonach bis März 1922 120 allgemeine Verträge dieser Art vorhanden waren, die für 8 481 815 Arbeiter galten, von denen über zwei Millionen auf das Transport- und Verkehrswesen entfallen.

---

## Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat für die Zeit vom 9. bis 11. September eine internationale Konferenz nach Luxemburg einberufen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Fragen: Auswanderung und Kolonisation im Auslande aus Mitteln zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die Beziehungen zwischen der Beschäftigung der Arbeitslosen und dem Ausbau der Beschäftigungsmöglichkeiten, das Problem der Arbeitslosigkeit unter den Intellektuellen und die berufliche Orientierung in ihren Beziehungen zu den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes.

---

## Achtstundentag und Alkoholverbrauch.

Eine immer wiederkehrende Einwendung gegen den Achtstundentag ist die Behauptung, daß die Vermehrung der freien Stunden die Arbeiterschaft zu stärkerem Alkoholgenuß verleite. Die Ausstreuung solcher Behauptungen geht zumeist von denselben Kreisen aus, welche durch Wissenschaft und Presse den Alkoholkonsum als für die Gesundheit förderlich propagieren. Schon diese Tatsache allein läßt deutlich die Unwahrhaftigkeit dieses Arguments erkennen. Nicht der Bewahrung der Arbeiterschaft vor Alkoholismus dient es, sondern der moralischen Unterminierung des Achtstundentages.

Die Behauptung steht aber auch in schroffstem Widerspruch zu den Tatsachen selbst. Gerade in diesen Tagen hat das französische Arbeitsministerium eine Enquete fertiggestellt, die der Verwendung nachgeht, welche die Arbeiter in Frankreich von der durch Einführung des Achtstundentages vermehrten freien Zeit machen. Hierin wird auch der Zusammenhang zwischen Achtstundentag und Alkoholverbrauch eingehend behandelt. Die Enquete kommt in diesem Hinblick zu Ergebnissen, welche die Arbeiterschaft nur ermutigen können. Der Alkoholverbrauch ist tatsächlich zurückgegangen, und zwar weit über das Maß hinaus, das durch die Verteuerung der Getränke bedingt ist.

„Die eingezogenen Erhebungen“, so heißt es in dem Bericht, „erhärten die fiskalischen und gerichtlichen Statistiken und beweisen, daß ein wirklicher Rückgang des Alkoholismus in der Arbeiterbevölkerung besteht.“

Mit dieser Feststellung stimmt die Erfahrung eines französischen Arztes überein, der kürzlich zu Studienzwecken in einer großen Fabrik des Seine-Bezirkes in Arbeit getreten ist und mehrere Wochen hindurch das Leben eines Arbeiters geführt hat. In seinem Bericht, der ebenfalls in der Enquete enthalten ist, erklärt er u. a.:

„Es scheint nicht, daß die freien Stunden und das Geld durch die Kneipe verschlungen werden. Die Schankwirtschaften vermehren sich zwar sehr, aber es wird viel weniger als vor dem Krieg konsumiert, und es scheint auch, daß sie viel weniger besucht sind.“

Von der heutigen Arbeiterschaft entwirft der französische Arzt folgendes Bild:

„Ein großer Wunsch nach Arbeit und Sicherheit. Viel Ernst, viel Geduld und Mäßigung. Starke Nüchternheit und endlich die Erwartung endgültiger und wirklich befreiender Lösungen: das ist es, was wir festgestellt haben.“

Es ist nicht zu bezweifeln, daß objektive Untersuchungen auch in allen anderen Ländern zu gleichen Ergebnissen führen würden wie in Frankreich. Ueberall würde sich bestätigen, daß der Achtstundentag nicht nur all die schädlichen kulturellen Folgen, welche ihm seine Gegner andichten, nicht besitzt, sondern daß er im Gegenteil von größter Bedeutung für den kulturellen Fortschritt und den Aufstieg der Menschheit überhaupt ist.

---

**Deutscher Baugewerksbund, Fachgruppe Putzer.** In der Ballenstedterstraße 14, Wilmersdorf, führt eine „Haus- und Kunstbaugesellschaft“ einen Neubau aus. Die Putzarbeiten sind dort in tarifwidriger Weise einem Zwischenunternehmer übertragen. Der Bau gilt demnach für organisierte Kollegen als gesperrt.

Die Fachgruppenleitung.

**In Christiania** streiken 15 000 Arbeiter der Papierindustrie. Der vom Reichsvermittlungsamt gemachte Vorschlag zur Beilegung der Differenzen wurde von den Arbeitern verworfen.

---

### Funktionäre aller AfA-Gewerkschaften!

**Mittwoch 7 Uhr im Deutschen Hof, Luckauer Str. 15, großer Saal, wichtige Versammlung. Aufhäuser spricht über: „Wirtschaftskatastrophe, Währungsverfall, Wertbeständiger Lohn“. Legitimation: Funktionärkarte und Mitgliedsausweis einer AfA-Gewerkschaft.**

---

**Zigaretteninbustrie.** Am Mittwoch nachmittag 4 Uhr bei Schulz, Elisabethkir[illegible] Sitzung sämtlicher Vertrauenspersonen der Zigaretteninbustrie. Der Kartellvorstand.

---

# Wirtschaft

**Die Arbeitslage der Metallindustrie.** Die Kontrolle der Arbeitslage in der Metallindustrie in der Woche vom 27. Mai bis 2. Juni 1923 nach den Erhebungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes ergab Feststellungen über 23 385 Betriebe und 1 980 714 Arbeiter. Von den erfaßten Arbeitern waren 79,5 Proz. (in der Vorwoche 77,7 Proz.) Vollarbeiter, 15,3 Proz. (16,7 Proz.) Kurzarbeiter und 5,2 Proz. (5,6 Proz.) Arbeitslose.

Ueber 90 Proz. Vollarbeiter hatten die Bezirke Bielefeld, Halle, Stettin, Königsberg und Berlin. Die Kurzarbeiter waren am stärksten vertreten in Köln mit 38,6 Proz., Hagen mit 27,5 Proz., Stuttgart mit 26,3 Proz. und Erfurt mit 22,6 Proz. Den höchsten Prozentsatz von Arbeitslosen wiesen die Bezirke Köln (11 Proz.), Hagen 9,6 Proz.), Hamburg (8,2 Proz.) und Berlin (5,3 Proz.) auf.

Die Zunahme der Vollarbeiter war wesentlich in den Bezirken Halle (8 Proz.), Hannover (7,6 Proz.) und Erfurt (6 Proz.). Die Bezirke Essen und Hagen weisen eine minimale Abnahme der Vollarbeiter auf. Die übrigen Bezirke zeigen eine schwache Besserung.

Für den Monat Mai ergibt die Zusammenstellung des Deutschen Metallarbeiterverbandes 427578 Kurzarbeiter und 102363 Arbeitslose. Der hohe Stand des Dollars bedingt keineswegs Hochkonjunktur, neben der ungünstigen Wirkung der Ruhrbesetzung ist die deutsche Preisentwicklung entscheidend. Diese beiden Momente ziehen die deutsche Wirtschaft erheblicher in Mitleidenschaft, als meist angenommen wird.

**Der Scheckschwindel in den Vereinigten Staaten.** Welchen Umfang der bargeldlose Zahlungsverkehr in den Vereinigten Staaten angenommen hat, geht aus der Tatsache hervor, daß bei einem jährlichen Umfange aller geschäftlichen Transaktionen in der Union in Höhe von 500 Milliarden Dollar gesetzliche Zahlungsmittel in Höhe von nur 4,7 Milliarden zur Verfügung stehen. Es wird geschätzt, daß rund 95 Proz. aller Zahlungen in den Vereinigten Staaten durch Scheck erfolgen. Daß dieser Umstand für die Scheckfälscher ein weites Tätigkeitsgebiet eröffnet, liegt auf der Hand, und so ist es zu erklären, daß allein in der Stadt New York im letzten Jahre durch Scheckfälschungen die Banken und ihre Kunden um 27 Millionen Dollar geschädigt worden sind. Das bedeutet, daß von je 8000 Dollar im Schecküberweisungsverkehr ein Dollar den Fälschern zur Beute wird. Der Umfang der Scheckfälschungen hat in den letzten Jahren noch um rund eine Million Dollar pro Jahr zugenommen und zwar allen Vorsichtsmaßnahmen zum Trotz, so daß sich die Abteilung der New Yorker Polizei für Fälschungen genötigt gesehen hat, dem Publikum Sorgfalt bei der Verwendung und Aufbewahrung seiner Scheckbücher und bei der Ausstellung von Blankoschecks zu empfehlen und „zehn Gebote für Scheckbenutzer“ herauszugeben.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: Viktor Schiff, Berlin; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Berlin; Feuilleton: K. H. Döscher, Berlin-Wilmersdorf; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt, Berlin-Wilmersdorf; Anzeigen: Th. Glocke, Berlin.

Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Gebisse Edelmetalle Bruch
Zietlow, Badstr. nur 16

Restehandlg. Haarpuder Golzstr. 2 a. d. Brunnenstraße
Herren- u. Damenstoffe, Seiden, Samt, sämtliche Futterartikel bedeutend unter Preis

Zeitungspapier gebünd., kg 1000.–
Haus-, Weinlumpen, Flaschen
hohe Preise
Neukölln Weserstr. 178
Hauptgesch. Reinsaden Fernspr.: Neuk. 281.

Weit unter Tagespreis!
Zähne Mark 8000 und 10000
Schriftl. Garantie. Zähne ohne Gaumen. Kulante Zahlungserleichterung. Keine Luxuspreise. Goldkronen v. 100000 M. an. Ersatzkronen 15000 M. Zahnziehen m. Betäubung b. Bestell. v. Gebissen gratis
Hatvani, Danziger Str. 1
Ecke Schönhauser Allee, Hochbahnstation
Bei Bestellung Vorzeiger 10 Proz. Rabatt. Bis jetzt über 15000 Gebisse z. voll. Zufriedenheit geliefert

Gebrüder Fuhrmann
Handelsgerichtlich eingetragene Firma
kaufen Gold-, Silber-, Platin-Bruch Zahngebisse
BERLIN W 30 Nollendorfstr. 39

Alte Gebisse auch zerbrochene
pro Zahn 15 000.–, 20 000.– b. 300 000.– M.
Gold-, Dublee-, Silberbruch kauft zum Tageskurs Zahn-Ankaufstelle
B. Zymelski, Weißenburger Str. 32
Legitimation erforderlich.

TRAURINGE
in jed. Größe u. Qualität, stets vorrät., nur bill. Preisberechn.
M. Dinse, Juwelier
Lichtenberg, Frankf. Allee 202
Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichsf.
Teleph. Lichtenberg 3322

Zahngebisse
auch zerbrochene per Zahn 25 000–250 000 M.
Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Brillanten u. Edelsteine
kauft zu höchsten Tageskursen
Edelmetallverwertung Hiesiger
C., Roßstr. 8 Laden

Gardinen
Sonderangebote u. Gelegenh.-Käufe in Resten
Stores, Bettdecken, Madras- und Künstlergardinen.
Spezial-Gardinenwerkstatt
Neukölln, Bergstr. 67 am Ringbahnhof.

Alt-Metall-Ankauf
zu höchst. Preisen
Curow, Neukölln
Jonasstr. 68
an der Bergstr.
3 Min. vom Bahnh. Neukölln
Tel.: Neuk. 4497

Lebensmittelhaus „Osten“
Frankfurter Allee 87, am Ringbhf.
2. Geschäft: Gürtelstraße 17
3. Gesch.: Kronprinzenstr. 1a
Trotz hohen Dollarstandes
infolge genossenschaftlichen Großeinkaufs
billigste Preisgestaltung!
Große Auswahl in Lebens- und Genußmitteln aller Art.

BÜCHER GESUCHT
Wir sind ständige Abnehmer von antiquarischer, besonders sozialistischer Literatur.
VERLAG DER NEUEN GESELLSCHAFT
W. 15, Sächsische Str. 7 — Pfalzburg 5146

Marken-Zigaretten: Garbaty, Halpaus, Konstantin, Karmitri, Problem, Manoli, Murati gibt ab unter Tagespreis: Arno Geßner, Tabakwarengroßhandlg.
Werftstraße 21. Telephon: Moabit 2114

Reste-Haus C. Pelz
Kottbuser Str. 3
Anzugstoffe, Kostümstoffe, Mantelstoffe, Kleiderstoffe, Seidenstoffe
Mäntel, Kostüme, Röcke
2 % Rabatt!

Marken-Zigaretten
Schweizer Stumpen und Zigarren
gibt billigst ab
Adolf Nagel
Hermannplatz 6

Geschlechtskranke
Behandlung von Syphilis, Hautausschlägen, Wunden, Harnröhrenleiden, starke Ausflüsse, auch wo alles versagte, wurden Tausende durch Phorosanos
das neue deutsche Reichs-Patent,
kurzfristig geheilt. Viele Danksagungen und Dankschreiben.
Gewissenhafte ärztl. Leitung.
Phorosanos-Heilanstalten,
Potsdamer Str. 109, nahe Steglitzer Str.
Brunnenstr. 191, nahe Rosenthaler Pl.
Getrennt für Herren und Damen.
Sprechzeit täglich 10-7, Sonnt. 9-12

Damen- und Herren-Stoffe
aller Art in großer Auswahl.
Gabardine, Kammgarne, Covertcoats, Tuche, moderne Streifen, Voile, Musseline usw.
Kleider- u. Futter-Seiden schwarz und farbig.
Paul Karle
O. 34, Warschauer Straße 79.